

MEINUNGEN

Kabinettsumbildung in Berlin

Keine Schonfrist

Von ARNOLD PETERSEN

Gerhard Schröder hat das Beste aus der Situation gemacht. Ob sie sich zum Guten wendet, muss sich noch zeigen. Der Kanzler hat mit sicherem Gespür erkannt, dass ihn in der BSE-Krise ein bloßes Drehen des Personalkarussells nicht weiter bringt. Er hat das ihm von Andrea Fischer aufgezwungene Revirement für eine inhaltliche Neuausrichtung der Politik genutzt. Erstmals wird Deutschland ein Ministerium für Verbraucherschutz bekommen.

Helmut Kohl hat vor vielen Jahren einen ähnlichen Schachzug gemacht. Auf die Katastrophe von Tschernobyl reagierte er mit der Bestallung eines Umweltministers. Schwups war Kohl damals aus dem Stimmungstief heraus. Warum soll das Re-

zept nicht auch beim Rinderwahnsinn wirken? Und hat Renate Künast in dem halben Jahr als grüne Parteichefin nicht gezeigt, dass sie schwierige Aufgaben erfolgreich anpacken kann?

Aber für die Juristin wird es im neuen Job, in den sie sich erst einarbeiten muss, keine Schonfrist geben. Die BSE-Krise wird sie vom ersten Tag an fordern. Mit den vollmundigen Ankündigungen von mehr Verbraucherschutz und neuer Landwirtschaft wurden zudem große Erwartungen geweckt. Noch aber fehlt das Konzept. Das Umsteuern ist ein langer und schwieriger Prozess, absehbar mit viel Reiberei verbunden. Und ob am Ende der Verbraucher noch Beifall klatscht, wenn Fleisch ein paar Groschen und Joghurt ein paar Pfennig teurer werden, ist keineswegs sicher.

Scharping sieht weiter keine Strahlengefahr

Leichtfertige Entwarnung

Von RÜDIGER WENZEL

Er nimmt den Mund ganz schön voll, unser Verteidigungsminister. Gesundheitsgefahr für deutsche Kfor-Soldaten durch die uranhaltige Munition, mit der US-Flieger serbische Panzer beschossen – und auch geknackt – haben? Nichts dran, alles nur Panikmache der Medien, sagt Rudolf Scharping und lässt sich von Experten den Rücken stärken. Es scheint ihm wenig zu beeindrucken, dass es auch Fachleute wie den Strahlenexperten Wolfgang Köhlein gibt, die sehr wohl eine Gefährdung durch den Uranstaub sehen, den die panzerbrechende Munition aufwirbelt.

Nun gut, der Verteidigungsminister will seinen Soldaten die Angst nehmen, beim Schutz der Zivilbevölkerung im Kosovo selbst von

unsichtbaren Gefahren bedroht zu sein. Er meint wohl, seine Fürsorgepflicht als Dienstherr gebiete das.

Wenn er diese Pflicht ernst nimmt, lässt er alle Balkan-Soldaten, die in möglicherweise uranbelasteten Gebieten waren, untersuchen. Damit die wirklich ungefährteten sicher sein können. Und damit den anderen geholfen werden kann, ehe sie vielleicht Blutkrebs bekommen.

Nein – die vollmundige, nur von einem zaghaften „nahezu“ eingeschränkte Entwarnung ist leichtfertig. Nicht nur, weil sie Scharping politisch eines Tages zum Verhängnis werden könnte. Sondern auch weil sie geeignet ist, Sorglosigkeit zu fördern. Und weil sie seiner völlig berechtigten Forderung nach Verzicht auf die Uran-Munition viel Schlagkraft nimmt.

PRESSESTIMMEN

Die Krise des Kanzlers

Auch viele ausländische Tageszeitungen befassen sich mit der Berliner Regierung in den Zeiten der BSE-Krise

La Stampa (Italien)

auf einmal gar nicht mehr so weit entfernt.

Basler Zeitung (Schweiz)

Dem behäbig-jovialen Agrarminister Funke, der angriffslustigen Gesundheitsministerin Fischer sind in der BSE-Krise gewiss der eine oder andere Lapsus unterlaufen. Und doch ist ihr kollektiver Rücktritt vor allem eines: eine politische Besänftigungsgeste.

Le Journal du Centre

(Frankreich)

Die politische Krise schlägt am heftigsten dort zu, wo die BSE-Lage letztlich noch am harmlosesten ist. Lediglich neun Fälle von Rinderwahnsinn sind bisher gezählt worden. Und dennoch ist die Psychose in der Bundesrepublik am stärksten.

Südecker Nachrichten

Überparteilich und unabhängig
Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg
Herausgeber: Jürgen Wessel
Geschäftsführer: Dr. Günter Semmerow

Redaktion

Chefredakteur: Manfred von Thien. Stellv. Chefredakteure: Uli Exner, Christian Longardt, Wolfgang Schierenbeck. Chefs vom Dienst: Siegfried H. Müller, Uwe Neseemann. Geschäfts-Redakteur: Martina Janke-Hansen. Verantwortliche Redakteure: Politik: Jens Ehlers; Nachrichten / Seite 3 / Medien: Michael Schoepfer; Norddeutschland: Curt Tonnenmann; Lokales Lübeck: Christian Longardt, Gerald Goetsch; Wirtschaft: Gerhard Krüger; Kultur: Jürgen Feldhoff; Sport: Jürgen Ronnau; Magazin: Gisela Groth; Gestaltung: Horst Gassmann; Foto: Dirk Hourcoulon; Leitender Redakteur Auto und Reise: Achim Hauenschield; Korrespondent: Uwe Freise (Lübeck); Kieler Büro: Christian Risch; Berliner Büro: Arnold Petersen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Internet-Adresse: <http://www.in-online.de>
E-mail-Adresse: ln@in-luebeck.de



Verlag

Marketing und Anzeigen: Rüdiger Kruppa. Marketing und Vertrieb: Rainer Bremer. Technische Leitung: Peter Demmer. Druck und Verlag: Lübecker Nachrichten GmbH. Verlag, Redaktion, Anzeigen und Vertrieb: Herrenholz 10-12, 23543 Lübeck. Telefon-Sammelnummer: Lübeck (04 51) 34 40. Servicenummern: Privat-Anzeigen-Service (04 51) 1 44 11 11, Leser-Service (04 51) 1 44 18 00. Telefax-Nummern: Redaktion (0451) 144-1022, Anzeigen-Service (0451) 144-1010, Leser-Service (0451) 144-1829; Telex: 26801. Bankverbindungen: Deutsche Bank Lübeck, AG 8802233 (BLZ 23070700), Sparkasse zu Lübeck 1018027 (BLZ 23050101). Bezugspreis durch Zusteller einschließlich Versandkosten und Zustellgebühren 34,10 DM / 17,44 €. Im Postversand 36,10 DM / 18,46 €. Alle Preise inklusive 7% Mehrwertsteuer. Abbestellungen: Nur schriftlich bis zum 20. eines Monats zum Monatsende an den Verlag. Im Fall höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik oder Aussperrung) besteht kein Belieferungs- oder Entschädigungsanspruch.

Die BSE-Krise: Kurswechsel in der Landwirtschaftspolitik

Erleben wir jetzt einen Boom bei den Ökobauern? Bietet die „sanfte Agrarproduktion“ Schutz vor BSE? Müssen wir für Bioprodukte tiefer in die Tasche greifen?

Ökologische Landwirtschaft – so soll sie funktionieren

BSE hat die industrielle Landwirtschaft in Misskredit gebracht. Der Ruf nach Öko-Landbau wird stärker. Aber kann er unsere Ernährung sichern? Die zwölf wichtigsten Fragen – beantwortet von Professor Ulrich Köpke.



Gute Aussichten für Ökolandbau: Experten erwarten eine Zunahme, fordern aber mehr Geld vom Staat.

Foto: AP

Worin unterscheidet sich die ökologische von der klassischen industriellen Landwirtschaft?

Herkömmliche Landwirtschaft ist von industrieller Zulieferung abhängig. Die Bauern erzeugen wenige Produkte in großer Intensität. Das bedeutet hohen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Dünger und hat Belastungen von Luft, Wasser und Boden zur Folge. Ökologischer Landbau vermeidet dies durch vielfältig organisierte Gemischtbetriebe mit umweltfreundlicher Tier- und Pflanzenproduktion.

Wie viele Biobauern gibt es zurzeit in Deutschland?

In der Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Landbau (AG-ÖL) sind etwa 7500 Höfe zusammengeschlossen. Daneben gibt es noch Bio-Bauern nach EU-Norm. Insgesamt bewirtschaften sie 2,4 Prozent der gesamten Landwirtschaftsfläche – rund 400 000 Hektar. Überproportional viele Betriebe gibt es in Ostdeutschland, wo sich nach der Vereinigung viele Höfe umorientiert haben.

Wie wird sich die Zahl der Biobauern in den nächsten zehn Jahren entwickeln?

Es wird auf jeden Fall einen deutlichen Zuwachs geben. Die Höfe stellen aber nur dann um, wenn die Nachfrage nach Produkten und das Image der ökologischen Landwirtschaft hoch sind. Dafür muss die Politik die nötigen Anreize schaffen. Die Politik hat aber schon vor zehn Jahren gesagt, dass sie die Zahl der Ökohöfe auf zehn Prozent

steigern will. Dies jedoch ist nicht passiert.

Haben wir Deutschen die Entwicklung zur ökologischen Landwirtschaft verschlafen? Und wenn ja, wer sind die Vorreiter in Europa?

Deutschland war lange Zeit in Europa der Vorreiter, aber das ist vorbei. Dänemark, Schweden, Österreich und die Schweiz haben inzwischen Ökobauern viel konsequenter gefördert und steuern auf zehn Prozent Flächenanteil an der Landwirtschaft zu. Rein flächenmäßig hat uns Italien weit abgehängt – das Land hat in den vergangenen sechs Jahren seine Ökoanbaufläche auf 600 000 Hektar verdoppelt.

Wohin könnte sich der Anteil ökologischer Landwirtschaft in Deutschland entwickeln?

Flächendeckender Ökobau ist theoretisch möglich, wenn auch nicht realistisch. Das hätte auch eine veränderte Produktpalette zur Folge. Schleswig-Holstein beispielsweise ist zurzeit von Rapsanbau geprägt. Das wäre dann nicht mehr möglich, da Raps zahlreiche Schädlinge hat, die üblichen Insektizide aber nicht mehr eingesetzt werden dürften.

Wo liegen die größten Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Ökoanbau?

In den ersten drei Jahren nach der Umstellung dürfen die Bauern ihre Produkte noch nicht mit dem Siegel Öko vermarkten. Das bedeutet Einkommensverluste. Dazu kommen hohe Investitionen in Maschinen, beispiels-

weise in Kartoffel- oder Rübenroder. Die bisherigen finanziellen Anreize der Politik erscheinen vielen Bauern aus der industriellen Landwirtschaft da bislang nicht interessant genug.

Wie also kann Ökobau attraktiver gemacht werden?

Da gibt es vier Faktoren. Das Image muss verbessert werden und dabei muss der Bauernverband mithelfen. Die Nachfrage muss nachhaltig steigen, so dass sich ein Umstieg für die Landwirte lohnt. Subventionen für die klassische industrielle Landwirtschaft müssen gedrosselt werden und in umweltverträgliche Produktion mit hoher Qualität fließen. Ganz wichtig für den Verbraucher ist auch ein eindeutiges Ökoprüfzeichen und eine klare Deklaration der Lebensmittelbestandteile.



Professor Ulrich Köpke (49) leitet das von ihm mitbegründete Institut für organischen Landbau an der Universität Bonn.

Foto: UNI BONN

Was würde das Umschwenken auf eine ökologische Landwirtschaft für die Verbraucher bedeuten?

Verbraucher müssen sich darauf einstellen, dass sie nicht mehr wie bisher 14 Prozent des monatlichen Haushaltseinkommens für Lebensmittel ausgeben, sondern etwa 17 bis 20 Prozent. Denn geringere Erträge und höhere Produktionskosten der Ökobauern bedeuten auch höhere Preise. Verbraucher müssen sich auch darauf einstellen, dass es bestimmte Produkte im Regal nicht mehr zu jeder Jahreszeit gibt. Erdbeeren aus dem Treibhaus gibt es dann nur noch eingeschränkt. Ein anderes Essverhalten wäre nötig: mehr pflanzlich, weniger Fleisch. Die Erfahrung zeigt, dass Verbraucher bei Brot oder Möhren schnell auf Bio umsteigen, während Butter und Sahne als letzte dran sind.

Könnten die Bioprodukte denn billiger werden?

Zum Teil. Größere Produktionsmengen bedeuten geringere Stückkosten und senken auch die relativen Ausgaben für Verarbeitung und Vertrieb. Die Senkung findet aber ihre Grenzen. Wenn Ökoprodukte im großen Stil angebaut werden und von Supermärkten und der Backindustrie aufgenommen werden, erhöht sich auch der so genannte Normierungsdruck der Lebensmittelindustrie. Wenn Rewe tonnenweise Möhren ankauft, dann müssen diese in Standardverpackungen passen. Das tun Biowaren aber nicht immer, da entsteht unverkäuflicher Ausschuss.

Was hat die bessere Perspektive – Bio-Fleisch oder Bio-Obst und -Gemüse?

Obst und Gemüse haben es leichter, da ist das heute schon hohe Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft. Bei dem ist einfacher zu vermarkten und findet zurzeit auch leichter Einzug in die Supermarkt-Regale des Lebensmittel Einzelhandels als beispielsweise Biofleisch. Im Reformhaus ist letzteres gar nicht und im Naturkosthandel nur äußerst selten anzutreffen. Dazu kommt, dass inzwischen gerade jüngere Verbraucher immer weniger Fleisch essen – egal ob es sich dabei nun um Biofleisch handelt oder nicht.

Ist eine Steigerung des Ökobaus allein im nationalen Rahmen denkbar oder geht das nur im europäischen Kontext?

Es geht nur mit Anreizen auf allen Ebenen – europäisch, national, regional und kommunal.

Bietet ökologische Landwirtschaft Schutz vor BSE?

Absoluten Schutz gibt es nicht. Aber die Wahrscheinlichkeit für BSE ist bei einem weitgehend in sich geschlossenen Betriebsorganismus deutlich geringer – auch weil die Verfütterung von Tiermehl untersagt ist. Allerdings stammte die jüngst umgestellten Höfen die Tiere zum Teil aus der Zeit konventioneller Produktionsweisen – das sind Altlasten, dort ist auch BSE nicht auszuschließen.

Die Fragen stellte LN-Mitarbeiter Gunnar Erth.

„Eine Schiene ohne Absatz“

Bauernverbände kündigen Widerstand gegen Bevorzugung des ökologischen Landbaus an

BERLIN – Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner gab sich gestern optimistisch: „Wir können mit jedem Minister leben.“ Aber einen Anlass für einen grundlegenden Wechsel in der Landwirtschaftspolitik sieht er nicht.

„Wer die Übertragung von Krankheiten, von Viren, Bakterien und Prionen davon abhängig machen will, wie groß ein landwirtschaftlicher Betrieb ist und ob er Düngemittel

einsetzt oder nicht, bewegt sich nahe an der Quacksalberei.“ Angesichts der nach wie vor überwiegenden bäuerlichen Strukturen die industrielle Landwirtschaft für BSE verantwortlich zu machen, sei eine Ungeheuerlichkeit.

Die einseitige Bevorzugung der Ökolandwirtschaft führt nach Meinung Sonnleitners ins Abseits. Das Problem sei, dass Fleisch, das von Ökobauern erzeugt werde, relativ teuer

sei und von den Verbrauchern nur wenig nachgefragt werde.

Auf der gleichen Linie liegt auch Otto-Dietrich Steensen, der Präsident des Bauernverbandes Schleswig-Holstein. „Die Formulierung: Umgestaltung der industriellen Landwirtschaft in den ökologischen Landbau stößt bei uns auf Widerstand. Dann müssen erstmal auch die Verbraucher animiert werden, dass sie

ökologische Produkte kaufen. Ich kann nicht in eine Schiene produzieren, wo ich keinen Absatz habe.“

Der Vertreter der Ökolandwirtschaft sehen sich jetzt dagegen im Aufwind. Binnen fünf Jahren würden sie ihren Anteil an der Landwirtschaft von derzeit zwei auf zehn Prozent ausbauen, ist der Vorsitzende des Bundesverbandes Bioland, Thomas Dosch, überzeugt. Schon in einem Jahr-

zehnt würde jeder fünfte Bauer nach ökologischen Grundsätzen arbeiten. Der Weg zu einer „Agrarwende“ in Deutschland sei aber steinig, sagte Dosch. Besonders aus der Agrar- und Futtermittellobby dürfte sich Widerstand regen. Allein der Verzicht auf Pestizide und industriell gefertigte Futtermittel werde der Industrie Umsatz einbußen von mehr als drei Milliarden Mark im Jahr bringen. AP/dpa/for